

Kapitalgesellschaften und EuGH-Rechtsprechung

Auswirkungen auf das Ertragsteuer-,
Gesellschafts- und Handelsrecht

Von
PD Dr. Lutz Richter

Erich Schmidt Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen
zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 10323 2](http://ESV.info/978_3_503_10323_2)

ISBN: 978 3 503 10323 2

ISSN: 1862-0922

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2007
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht
sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso
Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Druck und Bindung: Hubert & Co, Göttingen

Geleitwort

Seit Beginn dieses Jahrzehnts rückt neben den regelmäßig verabschiedeten Steuerreformgesetzen, die sich meist auf rein nationale steuerpolitische Interessen beziehen, die vergleichsweise junge Rechtsprechung des EuGH über die direkten Steuern zunehmend in den Fokus der Fachöffentlichkeit. Nicht nur die zunehmende Anzahl an verabschiedeten Urteilen, sondern auch die zum Teil beträchtlichen (drohenden) fiskalischen Folgen für die betroffenen Nationalstaaten zeigen die Bedeutung dieser Judikatur. Herr *Privatdozent Dr. Lutz Richter* beschäftigt sich in seiner Habilitationsschrift gleich in mehrfacher Weise höchst innovativ mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu den deutschen Ertragsteuern im Kontext von Kapitalgesellschaften mit Spitzeneinheit in Deutschland. Die Innovationskraft der Ausführungen zeigt sich erstens dadurch, dass die Folgewirkungen ausgewählter EuGH-Rechtsprechungen auf dem Gebiet der direkten Steuern bisher im wissenschaftlichen Gebiet der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre nicht umfassend abgehandelt wurden; zweitens sind die drei von ihm als Basisurteile gewählten Rechtssprüche gegen andere EU-Mitgliedstaaten ergangen, so dass ein jeweiliger Transfer des ausländischen Steuersystems auf das deutsche System zu erfolgen hat; drittens sind zwei Urteile bezogen auf natürliche Personen, so dass der Verfasser einen Transfer auf die Kapitalgesellschaftsebene vornehmen muss; viertens schließlich sind die zeitlichen Bezüge der einzelnen Urteile zwischen „zukunftsorientiert“ und „vergangenheitsbasiert“ völlig unterschiedlich.

Nach einleitenden Bemerkungen im ersten Teil analysiert der Verfasser auf der Grundlage des EuGH-Urteils vom 18.9.2003 („Bosal“) die Beeinflussung der Gewinnermittlung innereuropäischer kapitalgesellschaftsspezifischer Unternehmensverbindungen durch die EuGH-Rechtsprechung im zweiten Teil. Im dritten Teil wird die Beeinflussung der Gewinnverwendung innereuropäischer kapitalgesellschaftsspezifischer Unternehmensverbindungen durch die EuGH-Rechtsprechung im Detail analysiert, wobei das EuGH-Urteil vom 7.9.2004 („Manninen“) die Grundlage der Ausführungen darstellt. Der vierte Teil beschäftigt sich mit der Beeinflussung eines innereuropäischen Wegzugs von Kapitalgesellschaften aus Deutschland durch die EuGH-Rechtsprechung und nimmt als Hauptbezugspunkt das EuGH-Urteil vom 11.3.2004 („Lasteyrie du Saillant“). Der fünfte Teil rundet die Habilitationsschrift durch eine thesenförmige Formulierung der wichtigsten gewonnenen Ergebnisse sowie durch eine kritische Beurteilung der Rechtsprechung des EuGH sowie seines Verhältnisses zu den Mitgliedstaaten ab.

Herrn *Privatdozent Dr. Lutz Richter* ist zu bescheinigen, dass er sich in ein überaus komplexes betriebswirtschaftliches, juristisches und spezifisch steuerrechtliches Problem im Zentrum des Fachgebiets der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre eingearbeitet und hineingedacht hat. In einem an Komplexität und Schwierigkeit kaum zu überbietenden Themenkreis gelingt es ihm, anhand dreier verschiedener, gleichwohl aber inhaltlich in sich zusammenhängender Bereiche die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs einer betriebswirtschaftlichen und speziell unter steuerlichen Aspekten erfolgenden Analyse zu unterziehen, wobei die juristische Nachbardisziplin einen Bezugspunkt für viele Überlegungen bietet.

Die Habilitationsschrift ist von einem überaus hohen Innovationsgrad und von einer besonderen Aktualität geprägt. Zwar steht eine theoretische Analyse im Mittelpunkt der Überlegungen, dennoch gelingt es dem Verfasser stets, den Bezug zur Praxis herzustellen; dies zeigt sich an der Orientierung an Formularen zur Steuererklärung genauso wie an den konkreten Normenvorschlägen, die dem Steuergesetzgeber als Vorlage für anstehende Gesetzesänderungen dienen können.

Dem Verfasser gelingt es, Gebiete aufzuarbeiten, die so bisher zum großen Teil noch nicht im Ansatz gelöst sind. Seine betriebswirtschaftlichen Ausführungen aus Sicht der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre sind von Stringenz und Brillanz geprägt. Insofern ist eine in jeder Hinsicht lesenswerte und herausragende Habilitationsschrift gegeben.

Saarbrücken, im Mai 2007

Univ.-Professor Dr. Heinz Kußmaul

Vorwort

Seit längerer Zeit beschäftigte ich mich gedanklich mit der Festlegung eines adäquaten Themas auf dem Gebiet der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, das sowohl einen hohen Aktualitätsgrad aufweist als auch bislang inhaltlich vergleichsweise wenig bearbeitet wurde. Letztendlich entschied ich mich dafür, gegenwärtig brisante Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aufzugreifen und intensiv im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit in deutsches Recht zu untersuchen. Die Wahl dieses Themenfelds erwies sich für mich im Nachhinein aus mehreren Gründen als sehr treffend. Bis dato entfaltet die Rechtsprechung des EuGH eine Dynamik und besitzt einen Stellenwert, welche im Steuerrecht derzeit ihresgleichen suchen. Simultan eröffnet sie dem Verfasser einer wissenschaftlichen Arbeit die Möglichkeit, nach eingehenden Untersuchungen eigenständige Gesetzesvorschläge hinsichtlich ihrer gebotenen Umsetzung in deutsches Recht zu unterbreiten bzw. bestehende Gesetzespassagen zu modifizieren. Letztlich haftet ihr auch eine gewisse politische Komponente an.

Die konkrete Umsetzung dieses Habilitationsvorhabens war nur mit Hilfe der jederzeit gewährten großzügigen Unterstützung meines verehrten akademischen Lehrers und Erstgutachters, Herrn Univ.-Prof. Dr. *Heinz Kußmaul*, möglich. Ihm gilt mein besonderer und aufrichtiger Dank. Zugleich danke ich Herrn Univ.-Prof. Dr. *Hartmut Bieg* sehr herzlich für die zügige Übernahme des Zweitgutachtens, so dass mein Habilitationsverfahren noch im Wintersemester 2006/2007 zu einem erfolgreichen Abschluss gelangte.

Für die Aufnahme in die Schriftenreihe „Bilanz-, Prüfungs- und Steuerwesen“ bin ich den Herren Univ.-Prof. Dr. *Karlheinz Küting*, Prof. Dr. *Claus-Peter Weber* und Univ.-Prof. Dr. *Heinz Kußmaul* zu großem Dank verpflichtet.

Meiner Familie sowie meinen Freunden und Kollegen, die mich in allen Phasen meiner Habilitation stets unterstützten und begleiteten, gebührt mein ganz besonderer Dank.

Saarbrücken, im Mai 2007

Lutz Richter

Inhaltsübersicht

Geleitwort.....	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abbildungsverzeichnis	XXI
Anlagenverzeichnis.....	XXV
Abkürzungs- und Symbolverzeichnis.....	XXVII
1 Einleitende Bemerkungen	1
1.1 Einführung in die Thematik	1
1.2 Gang und Rechtfertigung der Untersuchungen.....	5
1.3 Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes	9
2 Die Beeinflussung der Gewinnermittlung innereuropäischer kapitalgesellschaftsspezifischer Unternehmensverbindungen durch die EuGH-Rechtsprechung.....	11
2.1 Körperschaftsteuer	11
2.2 Implikationen der einschlägigen Rechtsprechung für andere Steuergesetze.....	93
2.3 (Potenzielle) Korrekturbedarfe von (nicht bestandskräftigen) Steuerbescheiden.....	110
3 Die Beeinflussung der Gewinnverwendung innereuropäischer kapitalgesellschaftsspezifischer Unternehmensverbindungen durch die EuGH-Rechtsprechung.....	112
3.1 EuGH-Urteil vom 7.9.2004 („Manninen“)	112
3.2 Das deutsche Vollarrechnungsverfahren auf dem europäischen Prüfstand.....	123
3.3 Übertragbarkeit der Rechtsprechung auf das deutsche (internationale) Ertragsteuerrecht grenzüberschreitender Unternehmensverbindungen zwischen Kapitalgesellschaften	129

3.4 Materielle Auswirkungen auf die Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals – eine modellgestützte Betrachtung	202
4 Die Beeinflussung des innereuropäischen Wegzugs von Kapitalgesellschaften aus Deutschland durch die EuGH-Rechtsprechung	242
4.1 Die einschlägige EuGH-Rechtsprechung.....	242
4.2 Übertragbarkeit der Rechtsprechung auf das deutsche (internationale) Ertragsteuer- und Gesellschaftsrecht von Kapitalgesellschaften.....	254
5 Schlussbemerkungen	389
5.1 Thesenartige Zusammenfassung	389
5.2 Abschließende kritische Beurteilung der Rechtsprechung des EuGH sowie seines Verhältnisses zu den Mitgliedstaaten	393
Anhang.....	401
Literaturverzeichnis	423
Stichwortverzeichnis	505

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort.....	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abbildungsverzeichnis	XXI
Anlagenverzeichnis.....	XXV
Abkürzungs- und Symbolverzeichnis.....	XXVII
1 Einleitende Bemerkungen	1
1.1 Einführung in die Thematik	1
1.2 Gang und Rechtfertigung der Untersuchungen.....	5
1.3 Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes	9
2 Die Beeinflussung der Gewinnermittlung innereuropäischer kapitalgesellschaftsspezifischer Unternehmensverbindungen durch die EuGH-Rechtsprechung.....	11
2.1 Körperschaftsteuer	11
2.1.1 Kritische Darstellung und Systematisierung der Basisnorm des § 3c Abs. 1 EStG im Kontext der nationalen Rechtsprechung und Gestaltungsvarianten bis zum Veranlagungszeitraum 2003	12
2.1.2 Entwicklung und Bewertung der Rechtslage vom StEntlG 1999/2000/2002 zum Status quo.....	24
2.1.2.1 Beteiligungsaufwendungen an einer ausländischen Tochter (-kapital-)gesellschaft	24
2.1.2.2 Beteiligungsaufwendungen an einer inländischen Tochter(-kapital-)gesellschaft.....	31
2.1.2.3 Zusammenfassender Überblick	32
2.1.3 Europarechtliche Verletzungen von § 8b Abs. 5 KStG und § 3c Abs. 1 EStG	33
2.1.3.1 EuGH-Urteil vom 18.9.2003 („Bosal“)	33
2.1.3.1.1 Sachverhaltsdarstellung und Argumentationsführung der Beteiligten	33

2.1.3.1.2 Kritische Analyse der Entscheidungsgründe des EuGH und Reaktion des unmittelbar betroffenen Staates	35
2.1.3.2 Urteil des FG Hamburg vom 29.4.2004 und BFH-Urteil vom 13.6.2006	41
2.1.3.3 Urteil des Hessischen FG vom 10.12.2002, BFH-Beschluss vom 14.7.2004 und EuGH-Urteil vom 23.2.2006 („Keller- Holding“)	42
2.1.4 Verfassungsrechtliche Verletzung der Pauschalbesteuerung dem Grunde nach?	45
2.1.5 Kritische Würdigung der Reaktion des deutschen Steuergesetz- gebers auf die EuGH-Rechtsprechung durch § 8b Abs. 5 KStG i.d.F. „Korb II-Gesetz“	51
2.1.5.1 Darstellung äquivalenter Besteuerungsmechanismen in ande- ren EU-Staaten	53
2.1.5.2 Existenz eines „treaty override“?	55
2.1.5.3 Kritische Würdigung der Pauschalbesteuerung der Höhe nach	58
2.1.5.3.1 Detailanalyse des Wortlauts von Art. 4 Abs. 2 MT-RL	60
2.1.5.3.2 Entwicklung einer sachgerechten Bemessungsgrundla- ge im Pauschalierungsfall	68
2.1.6 Abschließende Bewertung ausgewählter Gesetzesvorschläge	75
2.1.6.1 Abschaffung der Pauschalierung von Beteiligungskosten und Überlegungen zu einem einheitlichen europäischen Auftei- lungsverfahren	76
2.1.6.2 Änderung der Bemessungsgrundlage im Pauschalierungsfall	84
2.1.6.3 Implementierung des „Französischen Modells“?	88
2.1.6.4 Zusammenfassung der Ergebnisse	88
2.1.7 Verstoß von § 8b Abs. 5 KStG gegen die ZL-RL?	89
2.2 Implikationen der einschlägigen Rechtsprechung für andere Steuergesetze	93
2.2.1 Außensteuerrecht	93
2.2.1.1 Überlegungen zur Europarechtskonformität von § 3c Abs. 1 EStG im Hinblick auf die Hinzurechnungsbesteuerung	93
2.2.1.2 Bewertung der Urteile des FG Düsseldorf vom 9.11.2004 und des BFH vom 7.9.2005	99
2.2.2 Gewerbesteuer	101
2.2.2.1 Gewerbesteuerliche Kürzung fiktiver Betriebsausgaben?	101

2.2.2.2 Verstoß von §§ 8b Abs. 5 KStG und 8 Nr. 1 GewStG gegen die ZL-RL?	109
2.3 (Potenzielle) Korrekturbedarfe von (nicht bestandskräftigen) Steuerbescheiden	110
3 Die Beeinflussung der Gewinnverwendung innereuropäischer kapitalgesellschaftsspezifischer Unternehmensverbindungen durch die EuGH-Rechtsprechung	112
3.1 EuGH-Urteil vom 7.9.2004 („Manninen“)	112
3.1.1 Sachverhaltsdarstellung und Argumentationsführung der Beteiligten	112
3.1.2 Kritische Analyse der Entscheidungsgründe der Generalanwältin und des EuGH sowie Reaktion des unmittelbar betroffenen Staates	115
3.2 Das deutsche Vollanrechnungsverfahren auf dem europäischen Prüfstand	123
3.2.1 Europäisch relevante Entwicklungen auf nationaler Ebene	123
3.2.2 Beschluss des FG Köln vom 24.6.2004 und EuGH-Urteil vom 6.3.2007 („Meilicke“)	125
3.3 Übertragbarkeit der Rechtsprechung auf das deutsche (internationale) Ertragsteuerrecht grenzüberschreitender Unternehmensverbindungen zwischen Kapitalgesellschaften	129
3.3.1 Identifikation und Systematisierung grundsätzlich relevanter Fallkonstellationen	129
3.3.1.1 Methoden zur Vermeidung/Milderung einer wirtschaftlichen Doppelbesteuerung mit Körperschaftsteuer	129
3.3.1.2 Europarechtswidrigkeit der beschränkten Anrechnung ausländischer Quellensteuer gem. § 26 Abs. 1 KStG?	137
3.3.1.2.1 Übertragbarkeit des EuGH-Urteils vom 7.9.2004 („Manninen“) auf die Anrechenbarkeit ausländischer Quellensteuern?	138
3.3.1.2.2 Weitere EuGH-Urteile mit indizieller Wirkung	140
3.3.1.2.3 Kritische Würdigung des Meinungsstands der nationalen Rechtsprechung	142
3.3.1.2.4 Varianten der Berücksichtigung von ausländischer Quellensteuer im innereuropäischen Kontext	144

3.3.1.2.5 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	148
3.3.2 Identifikation notwendiger Korrekturbereiche	150
3.3.2.1 Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer.....	150
3.3.2.1.1 Vorbemerkungen	150
3.3.2.1.2 Statische Betrachtungsweise.....	151
3.3.2.1.3 Dynamische Betrachtungsweise	157
3.3.2.1.4 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	161
3.3.2.1.5 Beurteilung der notwendigen Korrekturmaßnahmen unter Aspekten der Fiskalhoheit und der Alternative eines innereuropäischen Fiskalausgleichs.....	162
3.3.2.2 Anrechnung ausländischer Quellensteuer	168
3.3.3 Ermittlung der Korrekturhöhen der grenzüberschreitenden Anrechnungsbeträge	169
3.3.3.1 Fallgruppe 1: Keine Freistellung und keine (indirekte) Anrechnung.....	169
3.3.3.1.1 Unterschiedliche Steuerbemessungsgrundlagenbestandteile im Quellenstaat bei Vollausschüttung	169
3.3.3.1.2 Finanzierung von Ausschüttungen durch Rücklagenauflösungen sowie Körperschaftsteuersatzänderungen im Quellenstaat	174
3.3.3.1.3 Allgemeine Ermittlung der Korrekturhöhe.....	177
3.3.3.2 Fallgruppe 2: Indirekte Anrechnung und besondere DBA-Anrechnung.....	179
3.3.3.3 Fallgruppe 3: „Avoir fiscal“	183
3.3.4 Übertragung der Rechtsprechung auf das deutsche Steuerverfahrensrecht.....	187
3.3.4.1 Grundsätzliche Vorbemerkungen.....	187
3.3.4.2 Möglichkeit der Änderung von Steuerbescheiden?	188
3.3.4.3 Möglichkeit der Änderung von Anrechnungsverfügungen?.....	194
3.3.4.4 Zeitraum der Rückwirkung	196
3.4 Materielle Auswirkungen auf die Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals – eine modellgestützte Betrachtung	202
3.4.1 Die Notwendigkeit der Vornahme von Korrekturen bei der Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals und ihre verfahrensrechtliche Umsetzung.....	203
3.4.2 Modellannahmen	206

3.4.3 Exkurs: DBA-Freistellung und fiktive indirekte Anrechnung.....	207
3.4.4 Fallgruppe 1: Keine Freistellung und keine (indirekte) Anrechnung.....	208
3.4.4.1 EU-Staaten mit Quellenbesteuerung.....	208
3.4.4.2 EU-Staaten ohne Quellenbesteuerung	214
3.4.5 Fallgruppe 2: Indirekte Anrechnung und besondere DBA-Anrechnung.....	217
3.4.5.1 Indirekte Anrechnung	217
3.4.5.2 Besondere DBA-Anrechnung	222
3.4.6 Fallgruppe 3: „Avoir fiscal“	223
3.4.7 Körperschaftsteueranrechnung bei der Verwendung von EK 01?	225
3.4.8 Tendenzielle Auswirkungen auf die Übergangsvorschriften zum Nulleinkünfteverfahren	230
3.4.8.1 Aufbereitung des gewonnenen Datenmaterials	230
3.4.8.2 Darstellung der Übergangsvorschriften des § 36 KStG im Einzelnen	232
3.4.8.3 Implikationen für die Finanzierungstöpfе nach dem neuen KSt-System	238
 4 Die Beeinflussung des innereuropäischen Wegzugs von Kapitalgesellschaften aus Deutschland durch die EuGH-Rechtsprechung	242
4.1 Die einschlägige EuGH-Rechtsprechung.....	242
4.1.1 EuGH-Urteil vom 11.3.2004 („Lasteyrie du Saillant“)	242
4.1.1.1 Sachverhaltsdarstellung und Argumentationsführung der Beteiligten	242
4.1.1.2 Kritische Analyse der Entscheidungsgründe des EuGH sowie Reaktion des unmittelbar betroffenen Staates	244
4.1.2 EuGH-Urteil vom 21.11.2002 („X und Y“)	249
4.1.2.1 Sachverhaltsdarstellung und Entscheidungsgründe.....	249
4.1.2.2 Abgrenzung zum EuGH-Urteil vom 11.3.2004 („Lasteyrie du Saillant“)	251
4.1.3 EuGH-Urteil vom 27.9.1988 („Daily Mail“).....	252

4.2 Übertragbarkeit der Rechtsprechung auf das deutsche (internationale) Ertragsteuer- und Gesellschaftsrecht von Kapitalgesellschaften.....	254
4.2.1 Europäisch relevante Entwicklungen auf nationaler Ebene	254
4.2.2 Identifikation potenziell betroffener Sachverhalte bei Kapitalgesellschaften	256
4.2.3 Fallgruppe 1: Verlegung des Verwaltungssitzes und der Geschäftsleitung ins EU-Ausland unter Beibehaltung des Satzungssitzes in Deutschland.....	259
4.2.3.1 Vorüberlegungen: Verlegung des Verwaltungssitzes und der Geschäftsleitung nach Deutschland unter Beibehaltung des Satzungssitzes im EU-Ausland	259
4.2.3.1.1 Vorgaben durch das deutsche internationale Gesellschaftsrecht und europäische Primärrecht	259
4.2.3.1.2 Implikationen für das nationale Steuerrecht.....	268
4.2.3.2 Übertragung der getroffenen Vorüberlegungen auf Fallgruppe 1	271
4.2.3.2.1 Kritische Würdigung des EuGH-Urteils vom 27.9.1988 („Daily Mail“) unter Berücksichtigung aktueller EuGH-Rechtsprechungsgrundsätze.....	271
4.2.3.2.2 Zwischenergebnisse und ein (letzter) Versuch zur Rettung der Sitztheorie.....	277
4.2.3.3 Behandlung der Verlegung des Verwaltungssitzes und der Geschäftsleitung ins EU-Ausland nach derzeitigem nationalen Recht.....	280
4.2.3.3.1 Systematisierung und kritische Würdigung des Meinungsstands im Schrifttum und in der nationalen Rechtsprechung.....	280
4.2.3.3.2 Rechtsfolge der (vollständigen) Abwicklung bzw. Liquidation der wegziehenden Gesellschaft?.....	290
4.2.3.3.3 Handels- und steuerrechtliche Behandlung der Abwicklung bzw. Liquidation.....	296
4.2.3.3.3.1 Determinierung der Eckpunkte des Abwicklungs- bzw. Liquidationszeitraums und des (der) Besteuerungszeitraums (Besteuerungszeiträume).....	296

4.2.3.3.3.2 Darstellung und kritische Würdigung ausgewählter Problemfelder der handelsrechtlichen Rechnungslegung in der Phase der Abwicklung bzw. Liquidation	302
4.2.3.3.3.2.1 Bestandteile der Rechnungslegung und deren Funktionen	302
4.2.3.3.3.2.2 „Going concern“-Prinzip, Anschaffungswertprinzip sowie Besonderheiten der Bilanzierung, der Bewertung und des Ausweises auf der Aktivseite	304
4.2.3.3.3.2.3 Besonderheiten der Bilanzierung, der Bewertung und des Ausweises auf der Passivseite	310
4.2.3.3.3.2.4 Gewinnverwendung während der Abwicklung bzw. Liquidation	312
4.2.3.3.3.3 Ermittlung des zu versteuernden Abwicklungseinkommens	313
4.2.3.4 Zwischenüberlegung: Materielle Vergleichbarkeit zwischen § 11 KStG und Art. 167bis CGI?	317
4.2.3.5 Implikationen der EuGH-Rechtsprechung für die Verlegung des Verwaltungssitzes und der Geschäftsleitung ins EU-Ausland bei bereits aufgelösten Gesellschaften	321
4.2.3.5.1 Phase 1: Lösungsansätze zur Gesellschaftsfortführung zwischen Auflösung und Verteilung des Gesellschaftsvermögens	322
4.2.3.5.1.1 Gesellschafts- und handelsrechtliche Analyse	322
4.2.3.5.1.2 Steuerrechtliche Analyse	324
4.2.3.5.2 Phase 2: Lösungsansätze zur Gesellschaftsfortführung zwischen Verteilung des Gesellschaftsvermögens und Löschung im Handelsregister	333
4.2.3.5.2.1 Gesellschafts- und handelsrechtliche Analyse	333
4.2.3.5.2.1.1 Liquidationsschlussbilanz und Abkehr vom „going concern“-Prinzip als Ausgangspunkte	333
4.2.3.5.2.1.2 Erstellung einer Sonderbilanz als notwendige Fortführungsprämisse zur Verifizierung einer bilanziellen Unterdeckung	336
4.2.3.5.2.1.2.1 GmbH-Recht	336

4.2.3.5.2.1.2.2 Aktienrecht	343
4.2.3.5.2.2 Steuerrechtliche Analyse	346
4.2.3.6 Implikationen der EuGH-Rechtsprechung für die Verlegung des Verwaltungssitzes und der Geschäftsleitung ins EU-Aus- land bei noch nicht aufgelösten sowie bei fortgeführten Ge- sellschaften	353
4.2.3.6.1 Problembereiche der Doppelansässigkeit im Abkom- mensrecht	354
4.2.3.6.2 Lösungsansätze zur Aufteilung der Besteuerungsrechte zwischen Wegzugs- und Zuzugsstaat	360
4.2.3.6.2.1 Lösungsansatz nach dem SEStEG	360
4.2.3.6.2.2 Die österreichische Lösung durch das Abgaben- änderungsgesetz 2004	362
4.2.3.6.2.3 Übertragbarkeit der Betriebsstättenverwaltungs- grundsätze vom 24.12.1999 auf den Wegzug von Kapitalgesellschaften als sachgerechter Lö- sungsansatz?	363
4.2.3.6.2.3.1 Grundsätzliche Einordnung und denk- bare Fallkonstellationen	363
4.2.3.6.2.3.2 Charakteristika des sog. „Ausgleichs- postens“	366
4.2.3.6.2.3.3 Überlegungen zur Feststellung von stillen Reserven zum Zeitpunkt des Wegzugs	368
4.2.3.6.2.3.4 Überlegungen zur Feststellung von stillen Lasten zum Zeitpunkt des Weg- zugs	371
4.2.3.6.2.3.5 Übertragung auf planmäßig abnutzba- re Wirtschaftsgüter	375
4.2.3.6.2.3.6 Zusammenfassung der Ergebnisse und Formulierung eines Gesetzesvorschlags	377
4.2.4 Fallgruppe 2: Verlegung des Verwaltungssitzes, der Geschäfts- leitung und des Satzungssitzes ins EU-Ausland	379
4.2.4.1 Gesellschafts- und steuerrechtliche Analyse	380
4.2.4.2 Entwicklungstendenzen innerhalb des sekundären Gemein- schaftsrechts und ihre steuerlichen Implikationen	383

5	Schlussbemerkungen	389
5.1	Thesenartige Zusammenfassung	389
5.2	Abschließende kritische Beurteilung der Rechtsprechung des EuGH sowie seines Verhältnisses zu den Mitgliedstaaten	393
	Anhang	401
	Literaturverzeichnis.....	423
	Stichwortverzeichnis	505